

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringselohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 1,20 M. 5.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die Spaltenweise mit 55 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsangeigen. Inserate müssen bis frühestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 261.

Dresden, Freitag den 10. November 1916.

27. Jahrg.

Die Kanzlerrede für den Frieden.

Die Antwort an Grey.

Der Ursprung des Krieges. — Der Schrei der Völker nach internationaler Verständigung. — Keine Annexionen. — Unser Verteidigungskrieg.

Die letzten Aeußerungen des englischen Ministers des auswärtigen Lord Grey schienen — im Gegensatz zu den vorerwähnten Erklärungen des Kriegs-Sport-Ministers Lord George — einen gewissen milderen Ton und eine leise Bewegung zum Aufsuchen eines Friedensweges zu verraten. Jetzt hat der deutsche Reichskanzler die Antwort an Lord Grey vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags erteilt. Die Antwort ist gründlich auf alles ein, was Grey vorgebracht hat. Sie ist fest und klar gehalten und enthält sich jeder schroffen Wendung. Die Rede des Reichskanzlers darf als ein weiteres Stück aufrechtigen Vernunft in der Richtung zum Frieden gewertet werden.

Zehr eingehend ist der Reichskanzler auf die Frage der Schuld am Krieg zurückgekommen. Bei uns in Deutschland müßte viele geneigt sein, diese Auseinandersetzungen zwischen den Staatsmännern der kriegsführenden Länder nach mehr als zweijähriger Dauer des Krieges für ungemein zeitgemäß zu halten. Auch mag man daran halten, daß die völlige Klärung über die sich überführenden Vorgänge in der letzten Julimonat 1914 erst einer späteren Geschichtsforschung vorbehalten bleibe. Gleichwohl war es nicht nur richtig, sondern notwendig, daß der Reichskanzler in dieser Hinsicht ausführlich auf die Darlegungen und Antisetzungen Greys eingegangen ist. Hat sich doch längst gezeigt, daß die Gegner Deutschlands die Schuldfrage keineswegs als ein geschichtliches Problem ansehen, sondern in unüberwindlichem Maße als Waffe gegen Deutschland benutzen. In immer neuen Wiederholungen wird bis zur Stunde im gegnerischen Ausland und nicht weniger in den neutralen Ländern die „deutsche Schuld“ propagiert; Deutschland habe die anderen Länder „heimlich überfallen“ und das schuldige Ziel des Krieges sei daher die „Sühne für das Verbrechen auf die menschliche Zivilisation“. Dieser Propaganda und ihren allen Wirkungen ist von deutscher Seite nicht genügend entgegengewirkt worden. Der Reichskanzler ist nun in seiner getragenen Rede sachlich und gründlich auf die Irrtümer der gegnerischen Darstellung eingegangen. Auf jeden der sich einermahnend die Kunde des Urteils gewahrt hat, müssen seine Redeweise über die äußersten Vermählungen der deutschen Regierung, die Kriegskrisis doch noch zu überwinden, überaus eindrucksvoll wirken. Aus allen Darlegungen des Kanzlers folgt das Ergebnis, daß Deutschland durch Einwirkungen auf Österreich alles mögliche tat, um den Krieg zu verhindern, daß dagegen England den russischen Kriegstreibern freie Bahn gab und die russische Mobilmachung zuließ, durch die der Krieg unvermeidlich wurde. Ganz neu und bemerkenswert ist die Mitteilung, daß Rußland nicht schon 1913 seine Mobilmachung als Kriegsvoll erkannt und schon vorüberblickt hat. Eine sehr wirkungsvolle Ergänzung sind diese Mitteilungen in der folgenden Debatte durch einen sozialdemokratischen Redner, der die im letzten Heft der „Freiheit“ veröffentlichten genauen Nachweise über die schon seit dem 25. Juli in Rußland stattgefundenen und sich von Tag zu Tag steigenden Teilmobilisierungen zur Sprache brachte.

Wesentlich kürzer, aber sehr bedeutsam war die Aussprache des Kanzlers zur Frage der zukünftigen Friedenssicherung. Hier zeigte sich, daß der Reichskanzler bereit ist, aus den schrecklichen Kriegsergebnissen neue Lehren zu ziehen. Er gestand zu, daß er früher an der Friedenssicherung durch internationale Organisationen gewirkt habe. Wir legen diese Erinnerung hinzu, daß wir Sozialdemokraten leider so oft und so energig die Haltung der deutschen Regierung zu den internationalen Friedensbestrebungen — man denke an das rigide Auftreten der deutschen Vertreter auf den Haager Konferenzen — bekämpfen mußten. Jetzt aber ist der Kanzler zu der Erkenntnis gelangt, daß auf diesen früher bezweifelten und abgelehnten Wegen in Zukunft werden vorgegangen werden müssen. So sagte er, „nach Beendigung des Krieges seine entscheidenden Verwilligungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollkommnen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhindern.“ Und weiter sagte er: „Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß.“ Wir Sozialisten hätten der Menschheit allzu gern die trauerhaften Erfahrungen dieses Weltkrieges erspart, wir haben den Schrei nach internationaler Verständigung oft und laut ausgehört — die Menschheit hörte und nicht. . . . Nun ist das schmerzvolle Wort des Reichskanzlers nicht nur eine gute Antwort auf Lord Grey, es ist eine tröstliche Verheißung für die Zukunft. Das freilich ist zu dieser Aufstellung des größten Zukunftsproblems hinzuzufügen, daß ein internationaler Friedensbund nicht auf die besonderen Interessen der Mächtekoalition zugeschnitten sein soll, wie es aus den Verhandlungen Greys und anderer Entente-Stimmen nur allzu deutlich herauslang.

Die Russen über den Strobowa-Bach zurückgeworfen. — Ueber 4000 russische Gefangene. — 17 feindliche Flugzeuge abgeholten.

(Vd. T. S.) Mittl. Großes Hauptquartier, den 10. November 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Bei gänzl. Beobachtungserhältnissen war an vielen Stellen der Front die beiderseitige Feuerstärke lebhaft. Im Sommer-Gebiete erfolglos feindliche Teilangriffe bei Courcouronnes, bei Ouzouer und bei Vesvres aus Breffiere. Stärkere französische Kräfte gingen beiderseits von Soilly vor; sie wurden zum Teil im Nahkampf abgeschlagen.

Die Flieger setzten ihre insofern sehr rege Tätigkeit in der mondlichen Nacht fort. In den zahlreichen Luftkämpfen haben wir im ganzen 17 feindliche Flugzeuge, die Mehrzahl beiderseits der Somme, abgeschossen. Unserer Seite wiederholten ihre wirkungsvollen Angriffe auf Bahnhöfe, Truppen- und Munitionslager, besonders im Raum zwischen Vermeux und Amiens.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Unter Führung des Generalmajors v. Wonnos führten brandenburgische Truppen und das Infanterieregiment Nr. 401 in der Gegend von Skobowa in etwa vier Kilometer Breite mehrere russische Verteidigungslinien und warfen den Feind über den Strobowa-Bach zurück. Unseren geringen Verlusten stehen überaus blutige Opfer des Feindes und eine Einbuße an Gefangenen von etwa

40 Offizieren, 1300 Mann gegenüber. Die Beute beträgt 27 Maschinengewehre, 12 Minenwerfer. Der Feind hat auch hier wieder eine schwere Niederlage erlitten.

Front des Generalfeldmarschalls Grafen von Hart:

Unser Artillerie im Ostrago-Gebirge nahm einen günstigen Fortgang. Gelände, das in den seit dem 4. November hier im Gange befindlichen Kämpfen verloren gegangen war, wurde bereits fast vollständig zurückerobert.

Im Treben-Abschnitte wurden westlich von Njaga neue Fortschritte gemacht und rumänische Gegenangriffe beiderseits der Straße abgeschlagen. 158 Gefangene und vier Maschinengewehre blieben in unserer Hand.

Weiterseits des Alt erfolglos die Gefechte, in denen sich neben bayrischer Infanterie und österreichisch-ungarischen Gebirgstruppen auch unser Landsturm besonders auszeichnete.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Seezugsgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madach:

Bei Giurgiu erbeuteten Matrosen zwei rumänische, mit Petroleum beladene Schiffe. An der Dobrußafront keine wesentlichen Ereignisse.

Macedonische Front: Die Lage ist unverändert. Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Reichskanzler hat sich schließlich gegen Greys Darstellung von der Herrschaft des preussischen Militarismus gemeldet und die Kriegsziele der Entente mit denen Deutschlands in Vergleich gestellt. Er wies auf die Eroberungs- und Aufstellungspläne der Entente hin und stellte in Aussicht auf die westliche Hauptfrage fest:

„Ich habe bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Einverleibung Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet.“

Der Kanzler verteidigte dieses Wort weiter, indem er nochmals erklärte: „Das deutsche Volk führt diesen Krieg als Verteidigungskrieg zur Erreichung seines nationalen Daseins und seiner freien Fortentwicklung.“

Das sind lapidare, weithin klärende Worte!

In der folgenden Aussprache der Parteien kam, wie der Bericht zeigt, vielfach Zustimmung zu den Ausführungen des Kanzlers zum Ausdruck. Unter den abweichenden Meinungen tritt am meisten die Stellungnahme zur belgischen Frage hervor. Zwar erklärten nun auch die Redner der rechtsstehenden und mittleren Parteien, daß sie eine Annexion Belgiens nicht befürworten — gewiß eine Besserung im Vergleich zu den früheren Aeußerungen dieser Parteien. Aber sie forderten doch mehr oder minder eine solche Einkreisung auf das künftige Belgien, daß die „deutsche Hand“ die eigentliche Leitung haben würde. Am verständlichsten von diesen Rednern sprach sich der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei aus, der lediglich forderte, daß Belgien nicht der Tummelplatz englischer Machtbestrebungen auf dem Kontinent werden solle. Die sozialdemokratischen Redner wendeten sich mit Schärfe gegen die belgische Forderung der anderen Parteien: Es dürfe nicht nur die eigentliche Annexion nicht in Frage kommen, da sie dem Reichsinteresse nicht entspreche, es dürften Belgien auch niemals unehrenhafte Bedingungen auferlegt werden. Die Sozialdemokratie ist der Überzeugung, daß die möglichste Stärkung über die belgische Frage eine wichtige Voraussetzung ist, um die Grundlage für Friedensverhandlungen zu gewinnen. Die Haltung der anderen Parteien zu dieser Frage sei noch immer derart, daß sie die Verlängerung des Krieges bewirke. Die sozialdemokratischen Redner forderten die anderen Parteien dringend auf, noch mehr als bisher schon von ihren Auffassungen bezüglich Belgiens zurückzukommen. Natürlich will auch die Sozialdemokratie nicht, daß Belgien englisch wird. Das schwierige Problem muß so gelöst werden, daß Belgien belgisch wird und daß das Verhältnis zwischen Deutschland und England gut genug wird, um beiderseits in Belgien nicht eine Gefahr setzen zu brauchen.

Sehr bemerkenswert erscheint es, daß der vorliegende Bericht nicht von einer Antwort des Reichskanzlers auf die bezüglich Belgiens von ihm gemachten näheren Auskünfte meldet. Seine Antwort ist aber in diesem Falle auch eine Antwort. Der Reichskanzler lehnt die Annexion Belgiens ab und will sich im übrigen auf nähere Einzelheiten, wie er sich die künftige Lösung der Frage denkt, nicht einlassen. Wir die Sozialdemokraten sind mit dieser Haltung nicht einverstanden, aber wir finden es als äußerst kennzeichnend, daß der Reichs-

kanzler jedenfalls auch zu den Forderungen der Herren Gröber, Paffenmann, v. Westphal sein Wort der Zustimmung findet. Daraus ergibt sich, daß der Reichskanzler zwar nicht die sozialdemokratische Auffassung teilt, daß sein Programm aber lautet: Ich bin bereit zu Friedensverhandlungen und ich lege mich auch in bezug auf Belgien nicht fest.

Wir können nur den Wunsch wiederholen, daß dieser Friedensbereitschaft, wie sie wiederum auf deutscher Seite herorgetreten ist, endlich ein gleichartiger Widerhall von den gegnerischen Staatsmännern und ihren Völkern zurückfließen möge!

Bericht aus dem Haushaltsausschuß.

(Schluß der Rede des Reichskanzlers aus der getragenen Sitzung.) Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Ermäßigung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für die Österreich-Ungarnen und uns eine ungemein schwere.

Die österreichisch-ungarische Regierung entspreche unseren einbringlichen Vorstellungen, indem sie ihrem Vorkämpfer in Berlin folgende Mitteilung gab:

„Ich erlaube mir zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Bedenken, die in der Situation selber durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, aber bereit seien, dem Vorschlage Sir Edward Verhs, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten. Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien einstellten ihren Fortgang nehme und daß das englische Kabinett die russische Regierung demgegenüber gerichtet russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselbe angelegenen denselben militärischen Gegenmaßnahmen in Kollision sofort wieder rückgängig machen würden.“

Dem Heße ich folgende Schritte Lord Greys

gegenüber: Am 27. Juli 1914 gab er auf die Bemerkung des russischen Vorkämpfers in London, in demselben und österreichisch-ungarischen Kreisen bestünde der Eindruck, daß England ruhig bleiben würde, die Antwort: „Dieser Eindruck wird durch die Besichte bestätigt, die wir der ersten Flotte gegeben haben“. Am 29. Juli gab Grey von seiner vertraulichen Warnung an unseren Vorkämpfer in London, daß Deutschland auf rasche Entschlüsse Englands, d. h. seine Teilnahme am Kriege gegen uns, gelacht sein müsse, sofort dem französischen Vorkämpfer Kenntnis.

Könnte Lord Grey annehmen, daß eine solche Erklärung an den französischen Vorkämpfer dem Frieden dienen würde? Wäre der Franzose diese Erklärung nicht als Zulage der Waffenhilfe für den Kriegszustand ansehen? Würde Frankreich dadurch nicht ermutigt werden, Rußland die seit Tagen dringend verlangte Zulage der unbedingten Kriegsgeselligkeit zu geben? Und mußte Rußland nicht durch die Zicherheit der englischen und französischen Bundesgenossenschaft in seiner Kriegsbasis auf äußerste beharrt werden?

Die russische Antwort auf das Vorgesagte des Lord Grey ließ in der Tat nicht auf sich warten. Am Abend desselben Tages, des 29. Juli, beauftragte Herr Salomow den russischen Vorkämpfer in Paris, der französischen Regierung die ausdrückliche Dankbarkeit für die ihm von dem französischen Vorkämpfer gemachte Erklärung auszusprechen, daß Rußland bald und ganz auf die Unterstützung des verbündeten Frankreich rechnen könne.

Seite 8
rutto
5
raumer
chende
mittels
[a. 11
rei.
58,
große
Anzahl
ig.
feste!
speziesamen,
ein. Samen,
er. Schalen,
Büchergelände,
u. m. s. w.
fe
in der
taktur
chunke
Abzahl
3,50
3,20
2,80
arbig
se
Bulge
hlich
Kriegs
orplatz 10